

refugees welcome

rechter hetze gegen geflüchtete
entschlossen entgegenzutreten



eine brochuere des projekts ino
www.infonordost.de

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort: Deutsche Zustände – Rassistischer Alltag in der Bundesrepublik	. Seite 1
2. Refugees welcome - Rechter Hetze gegen Geflüchtete entschlossen entgegenzutreten	
2.1. Die Situation von Flüchtlingen in der Bundesrepublik Seite 2
2.2. Flüchtlingsdebatte in Deutschland: Fakten gegen Vorurteile Seite 4
2.3. Rassistische Hetze im Internet: Eine steigende Gefahr Seite 7
2.4. Schluss mit der rassistischen Asylpolitik! Refugees welcome! Seite 9
2.5. Grenzenlose Solidarität: Was tun gegen rassistische Hetze? Seite 11
3. Quellen- und Literaturhinweise Seite 12
4. Internetlinks – Eine Webhilfe Seite 13

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur Habenahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

1. Vorwort: Deutsche Zustände – Rassistischer Alltag in der Bundesrepublik

Rassismus in Deutschland ist kein Randphänomen, das sich an einen rechten, "extremistischen" Rand der Gesellschaft verschieben lässt. Er ist in der Mitte der Gesellschaft vorhanden und hat Struktur sowie Methode. Egal ob rassistische Strukturen in Ämtern oder alltäglicher Rassismus im Supermarkt oder schlicht auf der Straße – vermeintlich „fremde“ Menschen sehen sich immer häufiger verbalen und oft genug auch körperlichen Angriffen ausgesetzt und müssen um ihre Gesundheit und ihr Leben fürchten.

Auch über 20 Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen kämpfen Asylsuchende immer noch für elementare Menschenrechte in Deutschland, werden Roma stigmatisiert sowie in eine unsichere Zukunft abgeschoben. Der Neuköllner Bürgermeister sowie Freund Sarrazins, Heinz Buschkowsky, diffamiert und kriminalisiert in seinem Stadtteil lebende Menschen. Nur wenn wir die Ursachen von Rassismus – wie der soziale Abstieg und Zukunftsängste ganzer Bevölkerungsschichten – kann Alltagsrassismus verhindert werden.

„Ausländer sind kriminell“, „die nehmen uns die Arbeitsplätze weg und leben auf Kosten unseres Sozialstaates!“, „ich fühl mich ja schon fremd im eigenen Land“ oder „diese Moslems sind alle potenzielle Terroristen“ - Solche und ähnliche Äußerungen hat wahrscheinlich jede_r schon einmal gehört. Egal ob am Arbeitsplatz, in der Schule, am Ausbildungsplatz, an der Uni, in der Bahn oder am Tisch mit der Familie. Die Beispiele zeigen, dass rassistische und andere menschenverachtende Einstellungen keinesfalls Erscheinungen sind, die sich nur bei einer kleinen Gruppe von Menschen – Nazis mit einem geschlossenen Weltbild – finden. Tatsächlich gehören sie beinahe zur gesellschaftlichen Normalität und treten in allen Teilen der Gesellschaft sowie den Medien auf.

Dass sie weit verbreitet sind und alltäglich vorkommen, heißt aber keineswegs, dass diese Sprüche unproblematisch sind. Vor allem sind sie auch sehr vereinfachend: „Die Ausländer“ beispielsweise gibt es schlichtweg nicht. Menschen, die von „den Ausländern“ sprechen, meinen damit statt Menschen ohne deutschen Pass – wie das eigentlich richtige Definition lautet – all diejenigen, die sie als irgendwie „fremd“ oder „anders“, also „unnormale“ aussehend wahrnehmen. In der Folge werden unter diesem Etikett gleichsam Menschen mit Migrationshintergrund, schwarze Deutsche, Tourist_innen, Illegalisierte und viele mehr – als völlig unterschiedliche Menschen mit den verschiedensten Hintergründen – in einen vermeintlichen Topf geworfen. Abgesehen davon, dass die Aussagen garantiert nicht auf alle Menschen der konstruierten Gruppe der „Ausländer“ zutreffen, also faktisch falsch sind und Vorurteile darstellen, sind sie stark pauschalisierend und undifferenziert. Allzu oft bedienen sich Rechtspopulist_innen der Gefühle und Ängste der Menschen, um Sündenböcke für tief liegend, komplexe soziale Probleme zu konstruieren. Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa formieren sich die sogenannten Pro-Bewegungen und rechtspopulistische Parteien, die vielerorts an Einfluss gewinnen oder diesen bereits in Parlamenten oder gar Regierungen ausüben. Sie profitieren dabei von der zunehmenden Arbeitslosigkeit, Zukunftsangst und sozialen Unsicherheiten bedeutender Teile der Gesellschaft, die empfänglich machen für die vermeintlich einfachen Lösungen der Rechtspopulist_innen und Nazis.

In diesem Heft werden das Entstehen von rassistischen Ressentiments und die Profiteure von rassistischen Ideologien näher beleuchtet, sowie die Situation von Flüchtlingen in Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesrepublik aufgezeigt. Besonderes Augenmerk als bundesweites Musterbeispiel für das Agieren sogenannter „Bürger_inneninitiativen“ haben wir uns mit der BI Hellersdorf befasst.

Wir hoffen, euch neue Informationen, einige Denkanstöße und Aktionsideen zugänglich machen zu können. Wie immer wünschen wir euch auch dieses Mal viel Vergnügen bei der Lektüre.

2. Refugees welcome - Rechter Hetze gegen Geflüchtete entschlossen entgegenzutreten

2.1. Die Situation von Flüchtlingen in der Bundesrepublik

Viele Menschen müssen aus dem Land, in dem sie aufgewachsen sind, fliehen, weil sie entweder verfolgt werden, in ihrer Region Krieg herrscht oder sie dort in Armut und Hunger leben müssen. In der Hoffnung auf ein besseres Leben nehmen sie eine lange und gefährliche Reise auf sich, deren Ausgang ungewiss ist.

Die meisten Flüchtlinge schaffen es nicht weit und verbleiben in der Herkunftsregion oder in den Nachbarländern, nur wenige finden Schutz in Europa. Zehntausende sterben jedes Jahr auf dem Weg, denn die Europäische Union „verteidigt“ über ihre sogenannte „Grenzschutzagentur Frontex“ mit allen Mitteln ihre Außengrenzen, um die Einreise von Flüchtlingen zu verhindern. Diese sind dann letztlich gezwungen zu versuchen, heimlich nach Europa zu gelangen. Viele Familien werden dabei zerrissen und auch allein fliehende Kinder und Jugendliche sind keine Ausnahmen. Die wenigen, die es nach Europa schaffen, müssen ein aufwendige Asylverfahren über sich ergehen lassen. Dies geschieht aber nicht unbedingt in dem Land, wo die Flüchtlinge angekommen sind oder sie es sich wünschen, sondern in dem Staat, welchen er als ersten europäischen oder an Europa angrenzenden sogenannten „sicheren Drittstaat“ durchquert hat. Das besagt die so genannte Drittstaatenregelung – unabhängig davon, ob in diesem Land die menschenrechte geachtet werden oder nicht. So kommt



es nicht selten vor, dass die Betroffenen dort in unmenschlichen Flüchtlingslager gesperrt werden und unter menschenverachtenden Bedingungen zu leiden haben.

Die Situationen der wenigen Asylsuchenden, die es nach Deutschland schaffen, ist kaum besser. Viele Monate und teilweise Jahre, leben sie in Ungewissheit darüber, ob sie hier bleiben dürfen oder nicht. Ein übergroßer Teil von ihnen ist in speziellen Lagern oder Wohnheimen für Asylsuchende untergebracht. Meistens sind sie auf engstem Raum mit mehreren anderen – oft fremden - Personen und in entlegenen Orten untergebracht. Während des Asylverfahrens dürfen sie weder arbeiten noch eine Ausbildung machen, erhalten – wenn überhaupt – deutlich weniger Sozialleistungen als üblich oder – häufiger – Einkaufsgutscheine und ein kleines Taschengeld.

Nur knapp zwei Prozent der Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen, bekommen überhaupt einen positiven Bescheid. Das liegt unter anderem daran, dass lediglich Verfolgung aus politischen Gründen und aufgrund des Geschlechts anerkannte Asylgründe sind. Krieg, Armut oder Umweltkatastrophen sind demnach nicht „schlimm genug“. Die Gründe für den positiven Ausgang eines Asylgesetzes sind zusätzlich nur schwer oder unter Preisgabe sehr persönlicher Informationen nachweisbar. Den restlichen Menschen droht die Abschiebung, oft unter massivem Zwang und mit Zwischenstopps in Abschiebegefängnissen, damit die Betroffenen nicht in die Illegalität flüchten. Menschen, die einfach nur einen neuen, sicheren Orten zum Leben suchen, werden damit wie Kriminelle behandelt.

Selbst, wer geduldet wird oder wessen Asylantrag bestätigt wird, kann sich keineswegs sicher sein, auch dauerhaft in Deutschland bleiben zu können. Auch nach Jahren können die betroffenen Menschen zurückgeschoben werden, wenn etwa sich die Situation in ihrem Herkunftsland verbessert hat. Und selbst, wer bleiben darf, kann kaum ein normales Leben führen, weil er bzw. sie in vielen Regionen ständigen Vorurteilen und Diskriminierungen durch die Bevölkerung ausgesetzt ist. Zur indirekten Diskriminierung durch Gesetze und den Staat kommt direkte Diskriminierung durch Mitmenschen hinzu. Und nicht zuletzt auch im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt haben es Migrant_innen – oder solche, die dafür gehalten werden – wesentlich schwerer als schon länger oder immer in Deutschland Lebende.

Bild vorherige Seite: *Alltagsrassismus ist in Deutschland keine Seltenheit, Protest und Widerstand gegen solche Ressentiments und Vorurteile jedoch auch nicht.*

Bild nächste Seite: *Protestaktion gegen die europäische „Grenzagentur“ Frontex am Flughafen Frankfurt am Main am 17. April 2014. Im Hintergrund ein verdutzter Polizeibeamter. (Fotoquelle: Indymedia linksunten nach CC2.0-Lizenz)*



2.2. Flüchtlingsdebatte in Deutschland: Fakten gegen Vorurteile

In die deutsche Asyldebatte mischen sich oft Vorurteile statt Fakten. Subtile Gefühlslagen überlagern rationale Tatsachen. Diese Gemengelage machen sich Neonazis zunutze, die mit ihrer rassistischen Hetze bestehende Ängste von Anwohner_innen aufgreifen und für ihre Zwecke instrumentalisieren. Das zeigt sich nicht zuletzt am Beispiel der selbst ernannten „Bürger_inneninitiativen“, die sich schnell zusammenfinden, wenn es um die Einrichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte geht.

Doch längst nicht jede_r dieser „besorgten Bürger_innen“, wie es rechte Initiativen gerne heißen, ist rechtsextrem. Durch die offene Propaganda politisch klar einzuordnender Diskutierender verschärft sich jedoch schnell das Diskussionsklima – Solidarisierungseffekte treten ein. So lassen sich auch nicht-rechte Menschen leicht mit in den Strudel aus Aggression, Vorurteilen und Hass hineinziehen.

Die Zahl von Straftaten mit einer Asylunterkunft als Tatort oder Angriffsziel stieg von 24 im Jahr 2012 auf 43 bis Ende November 2013. Damit hat sich die Zahl rechtsextremer Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte 2013 gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Für Neonazis geht es bei der offenen Hetze gegen Flüchtlinge um den Aufbau und das Aufrechterhalten typischer Feindbild-Strukturen. Verallgemeinerung und Vereinfachung komplexer sozialer Gefüge erzeugt ein künstliches „Gruppen-Wir“. Doch wo es ein „Wir“ gibt, gibt es auch immer ein „die Anderen“. Die eigene Überhöhung und Abgrenzung gegenüber Mitmenschen wird durch die ständige Wiederholung

radikaler Stereotype und fanatischer Zukunftsvisionen verfestigt. Es geht den Rechtsextremen darüber hinaus darum, Ängste in der nicht-rechten Bevölkerung zu schüren.

Mit dieser relativ leicht zu durchschauenden Strategie der Eskalierung versuchen Neonazis, Diskussionen zu verschärfen und zu radikalieren. Ziel dieser Strategie ist, rationale Argumentationsgrundlagen zu entkräften, um Unruhen sowie Aggressionen zu entfesseln. Anwohner_innen sollen „endlich handeln“, so oder so ähnlich lautet zumindest die oft verwendete Forderung rechter Propagandist_innen.

Wie rechter Hetze entgegentreten?

Den leider nicht nur sprachlichen Eskalierungsversuchen durch Rechtsextreme begegnet man am besten mit Versachlichung: Viele der vermeintlichen Argumente, die von Neonazis gegen Asylsuchenden gerne angebracht werden, lassen sich leicht entkräften – drei Beispiele:

„Deutschland wird überrannt“ - Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stellte fest, dass viele Deutsche große Angst vor einer vermeintlichen „Überfremdung“ haben. Grundlage dafür ist das Gefühl, Deutschland nehme viel mehr Flüchtlinge als andere Länder auf. Tatsächlich werden in Deutschland mehr Anträge auf Asyl als in anderen europäischen Ländern gestellt. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass Deutschland auch eines der größten und bevölkerungsreichsten Länder Deutschlands ist.

Dieses Bild dreht sich, setzt man die Zahl der Anträge ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Im Verhältnis fällt Deutschland im Jahr 2011 auf Platz sieben der Aufnahmeländer. In Dänemark, der Schweiz und Belgien werden demzufolge deutlich mehr Asylanträge pro Kopf gestellt.

„Es werden immer mehr“ - Tatsächlich ist die Zahl der Asylsuchenden von 65.000 im Jahr 2012 auf knapp 110.000 im Jahr 2013 gestiegen. Das hört sich im ersten Moment nach viel an. Vergleicht man die Zahlen allerdings mit den Zahlen vergangener Jahre relativiert sich der Eindruck: Ab Anfang der 1990 Jahre ist die Zahl der Asylanträge viele Jahre lang stetig gesunken. So gab es im Jahr 2007 einen Tiefstwert von knapp über 19.000 Asylanträgen. Wird diese Zahl als Vergleichswert herangezogen, wirken prozentuale Steigerungen natürlich verhältnismäßig hoch.

„Die Asylsuchenden nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ - In den ersten neun Monaten nach ihrer Ankunft dürfen Asylsuchende überhaupt nicht arbeiten. Auch nach Ablauf dieser Frist prüfen die zuständigen Arbeitsämter zunächst, ob sie eine freie Stelle nicht mit Deutschen, EU-Bürger_innen oder Migrant_innen mit einer Aufenthaltserlaubnis besetzen können. Konkret bedeutet dies, dass Flüchtlinge nur „nachrangig“ berücksichtigt werden. In Bundesländern mit einer hohen Arbeitslosenquote heißt das, dass Geflüchtete kaum eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben.

Zerstört Zuwanderung die „deutsche Kultur“?

Auf den ersten Blick scheint verwunderlich, dass Menschen gerade in solchen Gegenden mehr Angst vor einer vermeintlichen „Überfremdung“ haben, wo statistisch gesehen die wenigsten „Ausländer“ leben. Auf den zweiten Blick ist dies jedoch plausibel: Wo Alteingesessene meist unter ihresgleichen bleiben, fallen Menschen anderer Herkunft auf – egal wie unauffällig sie sich benehmen. Wo Menschen nicht mit Migrant_innen in Kontakt kommen, halten sich auch rassistische Vorurteile am längsten. An Orten dagegen, in denen schon lange viele Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben, stellt sich schneller Gelassenheit und Normalität ein.

Denn ob in der Großstadt oder auf dem flachen Land: Migrant_innen waren schon immer da. Das "reine deutsche Volk" oder die „deutsche Kultur“ ist schon immer eine Erfindung gewesen.

Beginnend mit der Menschheitsgeschichte müsste man sagen: eigentlich sind wir alle Afrikaner_innen, denn menschliche Knochenfunde aus Äthiopien und Kenia weisen darauf hin, dass die Menschen einst von dort ausgehend die anderen Erdteile besiedelten. Seither ist alle Geschichte immer auch eine Geschichte der Migration, besonders in Europa: Die so genannte „Völkerwanderung“ hunderttausender Menschen in der Spätantike war tatsächlich ein gigantischer Prozess der Vermischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, und das ist in der Geschichte der Normalfall.

Im 18. und 19. Jahrhundert flohen auch Millionen Deutsche vor religiöser Repression und bitterer Armut nach Russland und vor allem nach Amerika. Die daraus resultierende „Leutenot“ machte Deutschland von hunderttausenden polnischen Wanderarbeitern abhängig. Mit den „Gastarbeiter_innen“ des 20. Jahrhunderts wurde Deutschland wieder zum Einwanderungsland. Politiker_innen, Schauspieler_innen oder Nachrichtensprecher_innen mit familiärem „Migrationshintergrund“ gehören inzwischen zur Normalität, Döner und Pizza sind schon lange Bestandteile der deutschen Kultur. Auch wenn rechte Populisten und gewaltbereite Gruppen versuchen, gegen die Einwanderungsgesellschaft Stimmung zu machen: Die deutsche Bevölkerung war immer schon eine ungeplante Mischung. Irgendwann werden aus zugewanderten Einheimische. Wenn die ehemals „Fremden“ eine Weile da sind, sind sie nicht mehr fremd – nur fällt das dann niemandem mehr auf.

Migration ist ein Prozess, der die Gesellschaft seit Jahrtausenden nicht nur dauernd verändert, sondern „uns“ auch zu dem gemacht hat, was „wir“ heute sind. Richtig ist also, dass Zuwanderung nicht zur Zerstörung einer „abendländischen Kultur“ beiträgt, sondern ein Teil dieser ist.

Exkurs: Kaum beachtet - Queere Geflüchtete

Geflüchtete finden in öffentlichen Debatten selten Erwähnung bei Themen wie Sexualität und Geschlecht. In Deutschland existiert bereits seit 1988 juristisch die Möglichkeit, bei Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung, Asyl zu erhalten. Diese Rechte wurden nicht zuletzt durch den Europäischen Gerichtshof im November 2013 gestärkt, nachdem deutsche Gerichte entsprechende Anträge regelmäßig abwiesen.

De facto entstehen allerdings in der Praxis vielfältige Hürden. Da Homosexualität bereits in vielen Herkunftsländern tabuisiert wird, ein Outing lebensgefährlich ist und nicht selten mit Haft-, Folter- und Todesstrafen geahndet wird, stellt auch ein Outing vor Fremden und Behörden-Mitarbeiter_innen eine starke Barriere dar. Um Asyl beantragen zu können, bedarf es jedoch eines offenen Umgangs mit der Thematik. Bei einer Anhörung werden zudem meist männliche Dolmetscher hinzugezogen, die aus entsprechenden Herkunftsländern stammen. Diese Situation hemmt viele Geflüchtete daran, über ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentitäten zu sprechen. Hindernisse entstehen jedoch auch auf der Seite der Aufnahmebehörden. Die Angestellten folgen dem Auftrag, die Asylgründe möglichst genau zu prüfen: Wenn diese Kultur des Verdachts mit homophoben Einstellungen einhergeht, kommt es nicht selten zur Beugung des Rechts. In der deutschen Aufnahmekultur werden LGBTI*-Personen schlicht nicht beachtet und damit unsichtbar gemacht. Diese Leerstelle versuchen einige Organisationen zu füllen. Les Migras in Berlin sowie der Migrationsrat Berlin/Brandenburg sind beispielsweise Ansprechstellen, die sowohl ein breites Beratungsangebot haben als auch informierende und empowernde Veranstaltungen anbieten wie etwa den Workshop „Asyl und Comingout“. Dabei geht es neben aufenthaltsrechtlichen Fragen immer auch um die Bewältigung des alltäglichen Lebens als Mehrfachdiskriminierte_r. Weiterhin besteht hier jedoch ein großer Sensibilisierungsbedarf in der Wahrnehmung komplexer Lebensrealitäten geflüchteter Menschen.

* Das Kürzel stammt aus dem Englischen und lautet „Lesbian, Gay, Bisexual and Trans“, das heißt „Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans (für Transgender und Transsexualität)“

2.3. Rassistische Hetze im Internet: Eine steigende Gefahr

In der Diskussion um neue Flüchtlingsheime bilden sich besorgniserregende Allianzen, die fast schon einem Muster zu folgen scheinen: Pläne für eine neue Einrichtung werden bekannt, eine vermeintliche Bürgerinitiative gründet sich und hetzt gegen die Heime, in denen verfolgte, oft traumatisierte Menschen einen Platz bekommen sollen. Besonders die sozialen Netzwerke sind dabei zum Ort rassistischer Stimmungsmache geworden.

Der Opferfonds CURA zählt 19 Flüchtlinge unter den Todesopfern rechter und rassistischer Gewalt seit 1990. Die rassistisch motivierte Gewalt gegen Flüchtlinge weist eine Kontinuität in Deutschland auf. Besonders das Jahr 2013 zeigt die Brisanz der Hetze gegen Menschen, die hierzulande Schutz vor Krieg und Diskriminierung suchen: Die Amadeu Antonio Stiftung zählte hundert Demonstrationen und Kundgebungen gegen geplante Unterkünfte, ein Großteil davon wurden von der NPD oder Aktivist_innen der Freien Kameradschaften organisiert.

Rechte Hetze im Internet verstärkt sich

Die Gewalt und Gefahr zeigt sich nicht nur auf der Straße und in Zahlen, sondern ist auch im Internet zu beobachten: Die Präsenz der Proteste in den sozialen Netzwerken dient der Mobilisierung und Verbreitung. Egal ob in der Facebook-Gruppe „Schneeberg wehrt sich“, bei der „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ oder bei der „Greizer Bürgerinitiative gegen ein Asylheim ‚am Zschberg‘: Bürger_innen, die gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte sind, finden im Internet einen Ort, um rassistische Vorurteile zu artikulieren.

Facebook wird zu einem Kern der Organisationsstruktur, wenn es um Hetze gegen Flüchtlinge geht. Hier finden sich Seiten mit unverhohlener Hetze gegen Geflüchtete, aber auch Seiten, die versuchen, ein bürgerliches Image zu verbreiten.

Die verwendeten Methoden der Verantwortlichen erinnerten an die Artikel und Texte auf den einschlägigen Seiten bekannter Neonazi-Gruppen. Flüchtlinge der Unterkunft in Marzahn-Hellersdorf wurden in den eigenen vier Wänden fotografiert und danach im Internet bloßgestellt und somit jegliche Privatsphäre der Bewohner_innen zerstört. Sehr selektive Zeitungsartikel von „kriminellen Ausländern“ sollten bestehende Vorurteile festigen. Die Verwendung einer antiziganistischen NS-Karikatur sowie eine Bildmontage der Unterkunft in Hellersdorf, die an die Ku-Klux-Klan-Bewegung erinnert, trugen Anfang Dezember 2013 zu der Löschung der Seite bei.

Das Asylthema ist vor allem für die NPD ein Glücksfall. Gerade in den letzten Jahren fehlten ihr die mobilisierenden Themen. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen ist davon auszugehen, dass auch in Zukunft die NPD das Thema Asyl verstärkt für ihre Zwecke zur rassistischen Mobilisierung nutzen wird. Und die Chancen stehen nicht ganz schlecht, dass sie damit erfolgreich sein könnte. Im unmittelbar angrenzenden Wahllokal an die Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf hat die NPD bei den letzten Bundestagswahlen beispielsweise mehr als zehn Prozent der Stimmen erreichen können.

Internet ermöglicht leichte und damit massenhafte Kontaktaufnahme

Neonazis nutzen soziale Netzwerke als Propagandamedium. Das Internet nimmt für viele Menschen eine immer wichtigere Rolle ein. Vor allem Jugendliche verbringen einen Großteil ihrer Online-Zeit in den sozialen Netzwerken. Die Zeit im Internet gehört zum festen Bestandteil des Alltags von Jugendlichen in Deutschland. Auch Neonazis wissen um die Bedeutung des Internets für die

Verbreitung ihrer Ideologie und nutzen die sozialen Netzwerke als Propagandamedium. Mit eigenen Strategien versuchen Neofaschist_innen, im Internet unterschwellig ihre Weltanschauung an die User_innen zu bringen. Mit Kampagnen, die auf breite gesellschaftliche Resonanz stoßen, wollen Neonazis mit möglichst vielen Menschen in Kontakt treten.

Natürlich spiegeln die Inhalte in sozialen Netzwerken nur Vorurteile und Einstellungen wieder, die auch in der Offline-Welt existieren. Trotzdem können Facebook und Co. zur Aktivierung von rassistischen Bürger_innenprotesten beitragen. Durch Gruppen, Seiten oder Veranstaltungen können in kürzester Zeit und ohne viel Aufwand eine hohe Zahl an Menschen zu Protestaktionen angeregt werden. Die Kontaktaufnahme zu organisierten Neonazis auf Seiten wie „Schneeberg wehrt sich“ gestaltet sich niedrigschwelliger als ein Besuch beim wöchentlichen NPD-Stammtisch. Durch die bewusst bürgerliche Inszenierung von privaten Neonazi-Profilen kann eventuell bestehendes Misstrauen gegenüber Ideologie und Person abgebaut werden.

Auch im Internet: Keinen Fußbreit den Faschist_innen!

Wie in der „Offline-Welt“ ist es auch im Internet und in den sozialen Netzwerken enorm wichtig, Stellung gegen Neonazis und ihre rassistische Mobilmachung zu beziehen. Wer sich auf den entsprechenden Seiten der sozialen Netzwerke in die Diskussion begeben möchte, um Flüchtlinge auf diese Art und Weise zu unterstützen, sollte vor allem ruhig und sachlich bleiben. Es hilft nichts, auf die strategischen Eskalierungsversuche der Rechtsextremen einzugehen. Denn genau das ist das Ziel der Initiatoren. Besser ist es, die Diskussion auf eine neutrale Ebene zu bringen – oder zumindest auf ein Niveau, das ohne Hass auskommt. Wenn auch das nicht hilft, sollte man allerdings auch den Mut haben, Diskussionen abubrechen – wenn möglich mit erklärenden Worten. Auch wenn es auf Dauer anstrengend sein mag, immer wieder die gleichen Diskussionen zu führen – tun Sie es. Denn Nicht-Handeln bestärkt die Aggressoren und verunsichert andere Nutzerinnen und Nutzer. Außerdem demonstrieren Sie so Solidarität mit den Betroffenen. Auf persönliche Beleidigungen oder Drohungen, Volksverhetzung oder offenen Rassismus müssen Sie darüber hinaus als Administrator eines Forums, einer Gruppe oder Seite (und das ist im engeren Sinne sogar ihre Profilseite in sozialen Netzwerken) ganz klar mit dem „Löschen“- oder „Melden“-Button reagieren.

Vorsicht ist allerdings bei Stigmatisierungen geboten: Nicht sofort „Nazi“ schreien. Nicht jede_r, der sich auf den Seiten der Bürgerinitiativen oder anderen entsprechenden Seiten rassistisch äußert, ist gleich rechts. Jemanden in der Öffentlichkeit zum „Nazi“ zu machen, kann leicht zu Solidarisierungseffekten führen. Versuchen Sie es zunächst lieber diplomatisch: „Diese Aussage/Argumentation wird auch gerne von Rechtsextremisten benutzt. Pass auf, dass du da nicht falsch zugeordnet wirst.“



Bild Seite 10: Demonstration „Grenzenlose Solidarität“ am 25. August 2012 in Rostock anlässlich des 20. Jahrestages der Pogrome in Lichtenhagen am Sonnenblumenhaus.

2.4. Schluss mit der rassistischen Asylpolitik! Refugees welcome!

Egal ob organisierte Nazis oder Vorurteile, die sich hartnäckig bei vielen „normalen“ Menschen halten: Jeglichen menschenverachtenden Einstellungen gehört der Kampf angesagt! Dabei kann jede_r im eigenen Umfeld anfangen und Aussagen nach dem Motto „Ich hab ja nichts gegen Ausländer, aber...“ entkräften. Denn einer genaueren Überprüfung hält keine der pauschalen Aussagen stand. Beispielsweise liegt auf der Hand, dass „Ausländer“ uns nicht „auf der Tasche liegen“ und uns „unsere“ Arbeitsplätze „wegnehmen“ können – abgesehen davon, dass ein Großteil der von Vorurteilen Betroffenen selbst Steuern zahlt, oder aber auf Grund von rassistischen Gesetzen gar nicht erst arbeiten darf. Ebenso einfach sind auch viele weitere Parolen zu entkräften, wie zum Beispiel die angeblich höhere Kriminalität von „Ausländern“, die durch Wissenschaft und Kriminalitätsstatistiken widerlegt ist.

„Besorgte Nachbar_innen“ und „Bürger_innen“initiativen

Rassistische Gewalt ist eine traurige Konstante auch in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik. Rassistische Gewalttaten gibt es immer wieder an verschiedenen Orten in Deutschland – sie richten sich nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen vermeintliche „Ausländer“, Obdachlose, Sinti und Roma, Jüd_innen oder andere Menschen, die von den Auswirkungen rassistische Ideologie betroffen sind. Das Ausmaß und die Intensität, mit der Asylsuchende zur Zielscheibe von Rassismus werden, nehmen derzeit jedoch sprunghaft zu.

Der Rassismus, der bei den aktuellen Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte sichtbar wird, ist nicht neu geboren, sondern speist sich auch aus einer langen Kette vorheriger rassistischer Erfahrungen und Bilder, die zusammengesetzt eine feindliche Haltung gegenüber Flüchtlingen bilden. Dort, wo die rassistischen Proteste aufkommen, gab es auch schon zuvor menschenverachtende Stimmen und Vorurteile, die nicht nur in der extremen Rechten, sondern auch mitten in der Gesellschaft verankert sind.

Wo heute neue Flüchtlingswohnheime entstehen, geraten Asylsuchende nicht zuletzt auch ins Visier der geistigen Brandstifter: In vielen Orten der Republik versuchen Neonazis, rechtspopulistische Parteien oder von Hass getriebene Einzelpersonen das Klima aufzuheizen und Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen – sei es nun in Güstrow, Wolgast oder in anderen Orten, an denen Flüchtlingsunterkünfte existieren.

Die „Bürger_inneninitiativen“, die gegen Flüchtlingsheime agieren, distanzieren sich formal von der NPD, um Offenheit für interessierte Anwohner_innen zu demonstrieren - obwohl sie organisatorisch und personell eng verbandelt mit organisierten Rechtsextremen sind. Daneben hetzen auch die rechtspopulistische Pro-Bewegung, ebenso wie die Neonazi-Partei „Die Rechte“, gegen Geflüchtete und deren Unterbringung, auch wenn diese Gruppierungen in Mecklenburg-Vorpommern praktisch keine Rolle spielen.

Nicht zuschauen, sondern handeln!

Wir brauchen eine Welt, in der alle Grenzen offen sind, in der alle Menschen - egal aus welchen Gründen und woher - sich dort niederlassen dürfen, wo sie möchten. Alle Abschiebegefängnisse gehören umgehend geschlossen, genauso wie andere Einschränkungen Asylsuchender, wie etwa Verpflegungsgutscheine, abgeschafft gehören. Sie schränken Menschen in ihrer Privatsphäre und Freiheit ein und sind damit menschenunwürdig. Die von Grund auf rassistische Asylpolitik der Bundesrepublik und anderer europäischer Staaten muss ein Ende haben. Die Ungleichbehandlung

zwischen Europäer_innen, die sich beinahe überall frei bewegen und niederlassen können, und allen anderen, deren Wanderung streng reguliert werden. Jegliche Kriminalisierung und Illegalisierung der betroffenen Menschen sowie Repression gegen sie ist grundsätzlich abzulehnen.

Letztlich muss aber auch die Frage aufgeworfen werden, wieso diese Einstellungen und Vorurteile sich so hartnäckig halten. Kulturelle Erklärungsansätze für gesellschaftliche Missstände verstellen den Blick auf ihre vielfältigen sozialen und strukturellen Ursachen. Die Gründe für gesellschaftliche Probleme liegen nicht bei Minderheiten, auf die sie projiziert werden. Sie sind unter anderem im kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet, welches mit dem Dogma der Profitmaximierung die Konkurrenz als einzige Form des Wirtschaftens hervorbringt und somit die Wurzel für prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Massenentlassungen – sprich: die gesamte Ellenbogengesellschaft – darstellt. So wird existenzielle Unsicherheit in der Bevölkerung gestiftet, welche schnell zum Nährboden für menschenfeindliche Ressentiments und Ideologien wird.

Die Lösung dafür kann nicht darin liegen, Vorurteile und Hass zu streuen und verschiedene gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Der Ausweg kann nur die gemeinsame und solidarische Überwindung dieses Systems sein!



2.5. Grenzenlose Solidarität: Was tun gegen rassistische Hetze?

Was tun, wenn sich Protest gegen eine Flüchtlingsunterkunft im eigenen Stadtteil regt? Wenn sich Bürger_inneninitiativen gründen, die Vorurteile und Scheinargumente in die öffentliche Debatte um eine Flüchtlingsunterkunft tragen? Was tun, wenn Neonazis ihre rassistische Propaganda konkret gegen Flüchtlinge lenken? Folgend bekommt ihr einige Handlungstipps für den Umgang mit Hetze gegen Geflüchtete.

Gemeinsam, nicht alleine, handeln! Eine Zusammenarbeit verschiedener Initiativen, Parteien, Kultureinrichtungen, Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen erleichtert in jedem Fall die Durchführungen von Aktionen und ermöglicht, dass Antirassismus flächendeckend verankert werden kann. Gemeinsame Kampagnen, Feste, Presseerklärungen usw. können eine Einheit schaffen, die sich klar gegen Rassismus positioniert. Darüber hinaus ist die Vernetzung mit bereits bestehenden Flüchtlingsräten und antirassistischen Initiativen empfehlenswert.

„Wissen ist Macht“: aufklären und informieren. Viele Vorurteile bauen auf Unwissen oder Fehlinformationen auf. Daher ist es wichtig, sich selbst zu informieren und andere über die Situation von Geflüchteten, über Strategien der Neofaschist_innen und rassistische Wirkungsweisen aufzuklären. Damit bestehende Unsicherheiten und Unwissen nicht durch Nazis beantwortet werden können, muss Rassismus auf anderen Ebenen thematisiert und abgebaut werden.

Baut Kontakt zu Geflüchteten auf. Der einfachste Weg, gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen aktiv zu werden und Flüchtlinge effektiv zu unterstützen, ist, in direkten Kontakt zu treten. Ein freundlicher Besuch in der Unterkunft schafft die Gelegenheit, sich kennenzulernen und die Bedürfnisse der Bewohner_innen zu erfahren.

Die Situation der Geflüchteten ist entscheidend. Auch wenn es wichtig ist, auf rassistische Stimmen und Proteste zu reagieren, sollte man nicht bei den „Sorgen und Ängsten“ der Bürger_innen hängen bleiben, sondern den Blick auf die Geflüchteten selbst lenken. Eine genaue Betrachtung der Situation von Flüchtlingen kann schon helfen, vorherige Vorurteile zu widerlegen.

Rassistische und neofaschistische Strategien erkennen. Nazis knüpfen an aktuelle, gesellschaftlich relevante Themen an, um rassistische, oder demokratiefeindliche Botschaften zu setzen. Durch genaues Hinschauen können solche Muster jedoch schon frühzeitig erkannt werden. Es lohnt ein Blick dahingehend, was im Vordergrund der Kampagne steht: Geht es um die Situation der davon Betroffenen – oder um den eigenen „Heimatbezug“ und vorgefertigte, populistisch aufgeladene Meinungen?

Nazis und andere Rassist_innen ausschließen! Überzeugte Neonazis haben ein geschlossenes ideologisches Weltbild, dem nicht einfach mit sachlichen Argumenten entgegengetreten werden kann. Zudem zeichnet sich die Strategie von Nazis nicht dadurch aus, mit Diskussionen ihre Meinung voran zu bringen, sondern durch Wortergreifungsstrategien und propagandistische Meinungsmache ihre rassistischen Ansichten zu verbreiten. Deshalb ist es wichtig, eindeutig nazistische und andere rassistische Akteur_innen von vorneherein auszuschließen und sich nicht auf eine Debatte mit Neonazis einzulassen.

Handlungsmöglichkeiten im World Wide Web. Gründet sich bei Facebook oder anderen sozialen Netzwerken eine Seite oder Gruppe mit rassistischen Inhalten, so gibt es immer die Möglichkeit, diese zu melden. Darüber hinaus ist es wichtig, eine Präsenz zu schaffen, die Gegenstimmen sichtbar macht und Rassismus ächtet. So haben beispielsweise als Reaktion auf die Seite der „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ Flüchtlingsunterstützer_innen die Seite „Hellersdorf hilft“ ins Leben gerufen.

3. Quellen- und Literaturhinweise

Broschüre "Die Brandstifter - Rechte Hetze gegen Flüchtlinge"

Diese Broschüre deckt die Akteure und Strategien der geistigen Brandstifter auf und zeigt anhand konkreter Beispiele, wie die rechte Mobilisierung on- wie offline funktioniert.

Mit Tipps, um rassistischer Hetze entgegenzutreten.

Herausgeber_innen: Amadeu Antonio Stiftung & PRO ASYL e.V.

Erscheinungsdatum: März 2014

Broschüre "Refugees Welcome - Gemeinsam Willkommenskultur gestalten"

Diese Handreichung gibt ermutigende Beispiele und Hinweise für Engagierte, Vereine, Sport, Schule, Politik und Verwaltung zur Integration von Geflüchteten und versucht, Initiativen zum Engagement für den Schutz von Flüchtlingen vor rechten Angriffen anzuregen.

Herausgeber_innen: Amadeu Antonio Stiftung & PRO ASYL e.V.

Erscheinungsdatum: März 2014

Broschüre "pushed back systematische Menschenrechtsverletzungen an den griechisch-türkischen See- und Landgrenzen. (deutsche Kurzfassung)"

Deutsche Kurzfassung des Reports über push-back-Operationen in der Ägäis. Eine Langversion gibt es in Englisch.

Herausgeber_in: Pro Asyl

Erscheinungsdatum: März 2014

Broschüre "pro menschenrechte. contra vorurteile."

Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge in Deutschland und Europa.

Kurz und griffig wird hier auf die gängigen Vorurteile gegen Asylbewerber und Flüchtlinge eingegangen, die Broschüre passt in jede Hosentasche und eignet sich dadurch auch perfekt zum Verteilen auf Veranstaltungen.

Herausgeber_innen: Amadeu Antonio Stiftung & PRO ASYL e.V.

Erscheinungsdatum: März 2014

Broschüre "Im Schatten der Zittadelle - Der Einfluss des europäischen Migrationsregimes auf 'Drittstaaten'"

Umfangreiche Broschüre über die Zustände in der Türkei, in Moldau, Tunesien, Mauretanien und dem Senegal.

Herausgeber_innen: Brot für die Welt, medico international e.V. & Stiftung PRO ASYL e.V.

Erscheinungsdatum: Dezember 2013

4. Internetlinks – Eine Webhilfe

Infoportal für antifaschistische Kultur und Politik aus Mecklenburg-Vorpommern:
<http://www.infonordost.de/>

Pro Asyl:
<http://www.proasyl.de/>

Amnesty International:
<http://www.amnesty.org/>

Netz für digitale Zivilgesellschaft:
<http://www.belltower.news/>

Fußball gegen Nazis:
<http://www.fussball-gegen-nazis.de/>

Amadeu Antonio Stiftung:
<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>

Impressum

Herausgegeben vom *Infoportal für
antifaschistische Kultur und Politik aus
Mecklenburg-Vorpommern (INO)*

V.i.S.d.P.: J. Krude

Kontakt: infonordost@systemausfall.org

Internet: <http://www.infonordost.de/>

